5 Pfennig. Vormittags-Ausgabe.

Kriegs-Zeitung der Hallischen Nachrichten

5 Pfennig. Vormittags-Ausgabe.

Verlagsgebäude: Gr. Ulrichstraße 16, Ecke Dachrinnstraße 12 bis 14 bezw. Völbergasse 1. Eingang für Verlag, Redaktion und Anzeigenannahme: Gr. Ulrichstraße 16. — Fernsprech-Sammelnummer 7981. Hauptfilialen Obere Leipzigerstraße 34 (Tel. Nr. 7981) und Brunnenstraße 49 in Giebichenstein (Tel. Nr. 1403). Verantwortlich für die Redaktion: Otto Becker in Halle a. S.

Nummer 191 — Halle, Freitag den 12. Juli — 1918

Die Mörder des Grafen Mirbach entdeckt.

Die Mörder des Grafen Mirbach.

(W. T. B.) Moskau, 9. Juli. Nach einer amtlichen Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur sind die Mörder des Grafen Mirbach die Mitglieder der linkssozialrevolutionären Partei Avarejew und Blumkin.

Der Aufstand in Moskau.

(W. T. B.) Moskau, 9. Juli. (P. T.-A.) Am 4. Juli wurde auf dem russischen Sowjetkongreß von der Mehrheit mit über zwei Drittel Stimmen die Zufriedenheit mit der Auslandspolitik des Sowjets der Kriegskommissare ausgesprochen, wodurch zugleich der Protest gegen eine Erneuerung des Krieges mit Deutschland zum Ausdruck gelangte. Die linkssozialrevolutionäre Partei machte, gestützt auf die einige Tage vorher aus Nowo Rossijsk in Moskau eingetroffene Abteilung Matrosen von 1000 Mann, welche sich geweigert hatten, die ihnen anvertrauten Kriegsschiffe nach Sebastopol zu führen und anstatt dessen diese Schiffe bei Nowo Rossijsk versenkten, den Versuch eines bewaffneten Aufstandes, wozu als Signal die Ermordung des deutschen Botschafters durch die Mitglieder der linkssozialrevolutionären Partei Awarejew und Blumkin diente. Bewaffnete Abteilungen der linkssozialrevolutionären Partei besetzten plötzlich die Post und Telegraphen, verhafteten den Vorsitzenden des Moskauer Sowjets, Smidowitsch, den Vertreter des Volkskommissars des Innern, Lacis, und den Vorsitzenden der außerordentlichen Kommission des Kampfes mit der Gegenrevolution Dserschinski. Der Sowjet der Volkskommissare entsandte im Laufe des 6. und 7. Juli an die Arbeiter an die Moskauer Garnison einen Aufruf um Unterstützung des Sowjets von ganz Rußland. Der Aufstand wurde vollkommen unterdrückt und einige Hundert der noch am Leben gebliebenen Aufständischen verhaftet. Es ist eine besondere Untersuchungskommission unter dem Vorsitz des Volkskommissars der Justiz Stutschka entstanden. Die Kommission legte klar, daß die linkssozialrevolutionäre Partei, welche nur auf die Dauer von zwei Stunden den Telegraph in den Händen hatte, auf telegraphischem Wege in Petrograd und Tula einen Aufstand hervorzurufen versuchte und verwunderliche Gerüchte über die Beziehungen der Sowjetregierung zu den Deutschen verbreitete, die im Stande waren, das Volksgemüt aufzuwühlen. Auf dem Kongreß der Sowjets war die aufständische Partei in der Minderzahl vertreten; jedoch wäre die Sowjetregierung zweifellos gestürzt worden, falls es möglich gewesen wäre, einen Erfolg zu erzielen.

Das Beileid Skoropadskis.

Des Kaisers Antwort.

(W. T. B.) Moskau, 11. Juli. Der Hetman der Ukraine Skoropadski hat aus Anlaß der Ermordung des Grafen Mirbach an den Kaiser folgendes Telegramm gerichtet:

Eurer Kaiserlichen und Königlichen Majestät wollen mir allergnädigst gestatten, daß ich gleichzeitig im Namen des ukrainischen Volkes meinen tiefen Schmerz Ausdruck gebe über den feigen Mord, dem der Botschafter Eurer Majestät in Moskau zum Opfer gefallen ist. Durch die mächtige Hilfe des Deutschen Reiches zu staatlichem Leben wiedererstanden, trauert das ukrainische Volk um den Verlust des Mannes, der immer sich als Freund der Ukraine bewährte.

Der Kaiser antwortete darauf folgendermaßen:

Euer Exzellenz bitte ich den Ausdruck meines besten Dankes für die Teilnahme entgegenzunehmen, die Sie mir zugleich im Namen des ukrainischen Volkes aus Anlaß des sinchmäßigen Verbrechens an meinem Gesandten in Moskau ausgesprochen haben.

Allerlei aus Rußland.

(W. T. B.) Moskau, 9. Juli. Die Presse meldet: In den nächsten Tagen wird die Ankunft des englischen Botschafters Buchanan in Wologda erwartet.

Am 5. Juli fand hier eine Versammlung aller Kriegskommissare und Leiter der militärischen Abteilungen der Sowjets statt. Der oberste Kriegssowjet ist nach Muron übergesiedelt.

Die Reise nach Simbirsk und Kaluga, ebenso nach Archangelsk und dem Gouvernement Pilow ist aus wirtschaftlichen Gründen verboten.

Trotzki soll auf dem Allrussischen Kongreß der Sowjets erklärt haben, er habe Nachricht, daß an der Front die Eingriffe der Sowjetstruppen durch englisch-französische Propaganda gelitten habe. Einzelne Teile der Truppen seien zum Feinde übergegangen.

(W. T. B.) Moskau, 11. Juli. Der Kriegszustand wurde über die Murmanküste und die Bahn bis Swanka erklärt.

Die finnische Verfassungs- und Sprachenfrage.

Die Regierung für die Monarchie.

f Stockholm, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der finnländische Regierungschef Senator Paasikivi erklärte in einer geheimen Konferenz zwischen den Senats- und den Landtagsgruppen: Die Regierung habe beschlossen, die Annahme der monarchischen Staatsform zur Kabinettsfrage zu machen. Die Republikaner bezeichneten dies als illoyal und verlangten eine Volksabstimmung; deren Ergebnis würde sich jedermann fügen. Die Debatte im Landtag über die Verfassung beginnt am Dienstag.

Die Verfügung des Oberbefehlshabers der finnländischen Marine, daß nur die finnländische Sprache in der Marine angewendet werde, ruft in der schwedisch-finnländischen Bevölkerung allgemeine Entrüstung hervor. Die Mannschaften der finnländischen Marine stammen großenteils aus der rein schwedischen Küstenbevölkerung.

Finnische Auszeichnung für Hindenburg und Ludendorff.

(W. T. B.) Berlin, 11. Juli. Dem Generalfeldmarschall von Hindenburg und dem Ersten Generalquartiermeister Ludendorff ist durch den Reichsverweser Finnlands, Svinhufvud, das Großkreuz kreuz des finnischen Freiheitskreuzes verliehen worden. In seinem an den finnischen Gesandten in Berlin gerichteten Dankestelegramm sagt der Generalfeldmarschall: „Die wiedererlangte Freiheit und Selbständigkeit und die Freundschaft mit dem Deutschen Reiche werden Finnland zu hoher Blüte führen und ihm zum Segen gereichen."

Die Kanzlerrede im Hauptausschuß.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 11. Juli.

Die Erklärungen des Reichskanzlers im Hauptausschusse des Reichstages haben die Erregung der Mehrheitsparteien, die mit dem überraschenden Wechsel im Auswärtigen Amte zum Ausbruch gekommen war, wieder beseitigt. Obgleich noch lange nicht die wünschenswerte Klarheit geschaffen werden ist, sind doch die Bedenken gegen die Steigkeit der Hertlingschen Politik fallen gelassen worden, so daß selbst die Sozialdemokratie sich geneigt zeigt, von einer weiteren Verweigerung der Kriegskredite Abstand zu nehmen.

So klar sind diplomatisch wahrlwogen die Aeußerungen des Grafen Hertling waren, so weisen sie doch einige Lücken auf. Zunächst vermißt man jeden Hinweis auf die Gründe, die für den Rücktritt von Kühlmanns und für die Berufung von Hintzes bestimmend gewesen sind. Der Kanzler ist ferner den Mehrheitsparteien die Antwort auf die Frage schuldig geblieben, warum die Berufung Hintzes vorgenommen worden ist, ohne vorher mit den Parteien Fühlung zu nehmen. Auch hält man in linksstehenden Kreisen noch immer an der Meinung fest, daß vielleicht von deutscher Seite bewußt oder unbewußt doch manches geschehen sei, was die deutsche Friedensbereitschaft nicht immer zweifelsfrei erkennen ließ. Die Mehrheitsparteien haben indes davon Abstand genommen, diese unbeantworteten Fragen zu einem Widerstand gegen die Regierung auszunützen. Um ein ersprießliches Zusammenarbeiten mit der Regierung zu ermöglichen, hat sich die Mehrheit bei der Erklärung des Kanzlers beruhigt, daß der Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amtes an dem Kurs der Reichspolitik im Innern und im Aeußern nicht das geringste ändern werde. Damit ist zunächst einmal die drohende Mehrheitskrisis aus der Welt geschafft. Der Block bleibt unverändert bestehen und das alte Vertrauensverhältnis zur Regierung soll nicht weiter getrübt werden. Was schon vorher halbamtlich bekannt gegeben worden ist, hat der Kanzler noch einmal ausdrücklich betont und an der Hand der Ereignisse nachgewiesen, nämlich daß seine Regierung den einmal betretenen Weg der inneren Reformen unbeirrt fortsetzen wird und daß für die äußere Politik die Grundsätze maßgebend sind, die seinerzeit in der Antwort auf die Papstnote niedergelegt worden sind. Man darf hieraus entnehmen, daß die Regierung Hertlings für die Durchbringung des gleichen Wahlrechts als Ausgangspunkt der gesamten inneren Reformen unentwegt eintritt. Was die äußere Politik betrifft, so verdient die Betonung der Tatsache besondere Beachtung, daß die Oberste Heeresleitung den Krieg nicht um des Krieges willen führt, sondern in vollständiger Uebereinstimmung mit der politischen Reichsleitung jederzeit bereit ist, ernstgemeinte und ehrliche Friedensanregungen von feindlicher Seite aufs peinlichste zu prüfen.

Gelang dem Kanzler einerseits der Nachweis, daß er seiner im November 1917 programmatisch verkündeten Politik treu geblieben ist, so wurde es andererseits allgemein begrüßt, daß zwischen der Obersten Heeresleitung und der Reichsleitung ein vollständiges Einvernehmen besteht. Damit werden vor allem die Anwürfe der Sozialdemokratie hinfällig, als ob die Heeresleitung bereits die Oberhand über die politische Leitung des Reiches an sich gerissen habe. Für die Mehrheitsparteien ist mit dieser Erklärung des Kanzlers jedenfalls der Grund fortgefallen, der Hertlingschen Regierung das Vertrauen zu entziehen. Auch der vielfach prophezeite Rücktritt des Vizekanzlers von Payer und alle anderen Folgen einer politischen Kursschwenkung sind damit aus dem Bereiche der Wahrscheinlichkeit gerückt. Was an unausgeklärten Fragen und dunklen Momenten noch übrig bleibt, das hoffen die Mehrheitsparteien durch vertrauensvolles Zusammenarbeiten noch zu klären. Jedenfalls ist die drohende Krisenstimmung wieder einmal beseitigt, und man darf hoffen, daß von seiten der Regierung, wie auch des Reichstages selber in Zukunft alles vermieden wird, das Reibungen hervorrufen könnte, deren Folgen sich in irgendeiner Weise stets zum Schaden der deutschen Politik bemerkbar machen müssen.

*

Den Text der Rede des Reichskanzlers finden unsere Leser auf der zweiten Seite dieser Nummer.

*

Berlin, 11. Juli, abends. (Amtlich.) Von den Kampffronten nichts Neues.

Die Erkundungstätigkeit auf seiten des Verbandes am 10. Juli war besonders in Flandern und beiderseits der Somme lebhaft. Ueberall wurden seine Abteilungen abgewiesen. Südlich Dixmuiden rahmen die Deutschen einige Gefangene. Einige im Nebel mit kurzen Feuerüberfällen versuchte Vorstöße der Franzosen bei Nanteuil scheiterten. Im Elsaß brachte ein erfolgreiches Patrouillenunternehmen südwestlich Dinolshausen den Deutschen Gefangene ein. Das Fernfeuer ihrer schweren Geschütze lag mit erkanntem Erfolg wiederum auf dem wichtigen Compiègne und auf den Bergwerksanlagen von Roeux. (W. T. B.)

Mac Cudden †.

h Haag, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Holl. Nieuws-Bureau meldet aus London: Der Flieger Mac Cudden, der außer dem Viktoriakreuz fast alle Auszeichnungen besaß, die Großbritannien und die Vereinigten Staaten zu vergeben haben, ist in Frankreich durch einen Unfall ums Leben gekommen. Cudden, der den Rang eines Majors bekleidete, hat mit Zimmelmann dreimal im Kampfe gestanden.

*

Das Massensterben unter den Kriegsgefangenen in Rumänien.

Wien, 11. Juli. Die „Reichspost" meldet aus Bukarest: Die unabhängige Zeitung „Renestarea" schreibt über die Verhandlungen im Deutschen Reichstag betr. die Kriegsgefangenengreuel: Im furchtbaren Winter 1916 litten und starben nicht nur die Kriegsgefangenen, sondern alle Truppen und auch die Bürger. Es haben rumänische Regimenter mehr als die Hälfte ihres Aktivstandes verloren infolge des Elends und des zusammengedrängten Wohnens. Flecktyphus, Rückfallfieber traten auf, und von den Truppen starben mehr als 60 Prozent, ebenso von der Zivilverwaltung und den Gefangenen. Insgesamt sind mehr als 400 000 Menschen gestorben, und die Zahl der überhaupt zugrunde gegangenen Menschen in Rumänien in diesem Winter wird auf mehr als 600 000 geschätzt. In einem einzigen Hospital in Jassy starben allein täglich 50 Menschen. Die Leichen wurden des Abends unter die Betten geworfen und am Morgen auf den Hof gebracht, wo sie tagelang unbeerdigt herumlagen. (Kol.-Ztg.)

Neuerliche englische Neutralitätsverletzung.

(W. T. B.) Haag, 11. Juli. Das Nachrichtenbureau meldet amtlich: Der Minister für auswärtige Angelegenheiten teilt mit, daß am 22. Juni, um 11 Uhr 40 Minuten vormittags, bei Oudersband (Gemeinde Sluis) zwei Bomben abgeworfen wurden. Es wurde eine Person verwundet und Sachschaden angerichtet. Die Untersuchung der Bombensplitter hat ergeben, daß die Bomben britisches Fabrikat waren. Der niederländische Gesandte in London wurde deshalb beauftragt, bei der britischen Regierung nachdrücklichst gegen die neuerliche Verletzung des neutralen Gebietes, bei der beinahe eine Person ums Leben gekommen wäre, zu protestieren und die Erwartung der niederländischen Regierung auszusprechen, daß die britische Regierung den Schaden vergüten werde.

Zur Kabinettskrisis in Holland.

h Haag, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die „Pall Mall Gazette" meldet, hatte der holländische Gesandte in London, Frhr. Mareés-Swinderen, in der Nacht zum Mittwoch eine lange Unterredung mit dem Minister des Aeußern Balfour. Man ist in englischen Regierungskreisen der Ansicht, daß der holländische Gesandte demnächst nach Holland zurückkehren wird, da er ernstlich für den Posten des Ministers des Aeußern in dem neugebildeten Kabinett in Betracht kommt.

„Handelsblad" meldet: Wahrscheinlich werde in allerkürzester Zeit ein Kabinett gebildet werden, dem nur Minister der Rechten angehörten.

Die italienischen Sozialisten wieder in kriegsfeindlichem Fahrwasser.

op Zürich, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Schweiz. Presstelegraph meldet aus Mailand: In einer dreitägigen Versammlung in Bologna hat die offiziell-sozialistische Kammergruppe sich vornehmlich mit den Parteivorstand beschwerden Meinungsverschiedenheiten befaßt. Im Gegensatz zu der bei Beginn der letzten österreichisch-ungarischen Offensive in der Kammer eingenommenen Haltung scheinen diese Beratungen die Kammergruppe wieder in das ausgesprochenste kriegsfeindliche Fahrwasser zurückgeführt zu haben. Die Kammergruppe hält eine Zusammenkunft mit dem Parteivorstande für notwendig, um die durch Mißverständnisse und die außerordentlichen Zeitverhältnisse hervorgerufenen Streitfragen beizulegen. Diese Streitigkeiten wurden bekanntlich von der italienischen Regierung behufs Unterdrückung der sozialistischen Organisationen begünstigt.

Mißhandlung eines britischen Vizekonsuls.

h Haag, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Nach dem Holl. Nieuws-Bureau meldet die „Times" aus Buenos Aires: Die Streikenden in Villa Constitucion haben den britischen Vizekonsul angegriffen und verwundet. Der Vizekonsul wurde gewaltsam nach dem Hauptquartier der Streikenden geschleppt und dort mißhandelt. Der britische Gesandte hat gegen dieses Verfahren Protest eingelegt.

Streik in der englischen Flugzeugindustrie.

(W. T. B.) Amsterdam, 11. Juli. „Algemeen Handelsblad" meldet aus London, daß in der Flugzeugfabrik Alliance Aeroplane Company ein Streik ausgebrochen ist. Munitionsminister Churchill hat energische Gegenmaßregeln ergriffen. Die Regierung wird auf Grund des Reichsverteidigungsgesetzes und des Munitionsgesetzes die Fabrik selbst übernehmen.

Der Flug des belgischen Königspaares nach England.

(W. T. B.) London, 11. Juli. Das Reutersche Bureau meldet noch über die Fahrt des Königs und der Königin von Belgien nach England: Die Vorbereitungen waren in aller Stille getroffen worden. Es wurden zwei Wasserflugzeuge benutzt, wovon jedes einen Passagier aufnehmen konnte. Der Flug über den Kanal ging ohne Zwischenfall vonstatten. Der König und die Königin landeten in einem englischen Hafen, wo für ihre Weiterfahrt Automobile bereitstanden.

Das Ententekapital in Griechenland.

h Haag, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Times" meldet aus Saloniki: Englischen und französischen Finanzgruppen wurden Konzessionen für Entwässerungs- und Kanalisationsarbeiten in dem morastigen Tale der Struma und des Wardar erteilt.

Eine chinesische Gesandtschaft beim Vatikan.

op Rom, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Das päpstliche Amtsblatt, der „Osservatore Romano", meldet: Die chinesische Republik hatte den Wunsch ausgedrückt, in offizielle diplomatische Beziehungen zu dem Heiligen Stuhl zu treten. Der Papst kam diesem Wunsche gern entgegen und gab seine Zustimmung zu der Ernennung von Tai-Tscheng-Ling, dem früheren chinesischen Gesandten in Spanien und Portugal, zum Gesandten beim Vatikan.

Der Ententebankier.

h Haag, 11. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Holl. Nieuws-Bureau meldet aus Washington: Die amerikanische Regierung hat Italien einen neuen Kredit von zehn Millionen Dollar gewährt. Hierdurch steigt der Gesamtbetrag der Italien gewährten Darlehen auf 660 Millionen Dollar und die Summe der den Alliierten gewährten Darlehen auf 6 186 000 000 Dollars.

Der Reichstag

setzte gestern die Beratung der Steuergesetze fort, und zwar bei der Umsatzsteuer in zweiter Lesung.

Bei § 17 (Vorlegung von Büchern und Geschäftspapieren) wird trotz des Widerspruches des Unterstaatssekretärs Schiffer eine Bestimmung getroffen, die den Angestellten die Auskunftspflicht auferlegt. Nach § 30 dürfen Steuern vom Warenumsatz, welche beim Inkrafttreten dieses Gesetzes in Bundesstaaten und Gemeinden bestehen, von 1. April 1919 ab nicht weiter erhoben werden.

Abg. Racken (Zentr.) beantragt folgende Fassung: „Von Unternehmern, die vorwiegend notwendige Lebensmittel betreiben, dürfen vom 1. April 1919 an Steuern vom Umsatz dieser Waren in Einzelstaaten und Gemeinden nicht mehr erhoben werden." Der Antrag Racken wird angenommen.

Das Branntweinmonopol wird von der Tagesordnung abgesetzt. Das Gesetz gegen die Steuerflucht wird ohne Aussprache angenommen. Die erste Lesung des vom Hauptausschuß vorgeschlagenen Gesetzes über die Errichtung eines Reichsfinanzhofes und über die Reichsabgaben für Zölle und Steuern in Verbindung mit der ersten Lesung eines Nachtragsetats und einer Ergänzung des Beförderungsgesetzes erfolgt ohne Aussprache.

Nach der zweiten Lesung wird das Wort nicht verlangt. Das Gesetz und der Nachtragsetat werden angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Fehrenbach schlägt vor, doch noch in die Beratung des Branntweinmonopols einzutreten und zwar die Redner zu § 1 zu hören, um die Tagesordnung zu entlasten.

Darauf wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr vertagt (außerdem Anfragen, dritte Lesung der Steuervorlagen, bis auf das Branntweinmonopol, und Petitionen, kleine Vorlagen).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-853264-191807126/fragment/page=0001

Die Rede des Reichskanzlers im Hauptausschuß.

Unveränderter Kurs in der äußeren Politik. — Festhalten an den innerpolitischen Zusagen. — Kühlmanns Rücktritt durch „Erwägungen persönlicher Art" verursacht. — „Der Reichskanzler macht die Politik".

Graf Hertling im Hauptausschuß.

Berlin, den 11. Juli.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

Der Reichskanzler traf mit Herrn von Hintze heute morgen gegen 8 Uhr aus dem Hauptquartier in Berlin ein und begab sich im Laufe des Vormittags nach dem Reichstage, um im Hauptausschuß die angekündigten Erklärungen abzugeben. Der Hauptausschuß selbst war schon um 10 Uhr zusammengetreten und hatte zunächst die Beratung über die Kolonialfrage der Westmark fortgesetzt. Die Erörterung wurde um 1/12 Uhr unterbrochen, als der Reichskanzler, begleitet vom Unterstaatssekretär von Radowitz und dem Vizekanzler, im Hauptausschuß erschien. Herr von Hintze dagegen erschien im Hauptausschuß zunächst noch nicht. Der Reichskanzler gab dann die gewünschte Erklärung ab und hierauf wurde in die Aussprache eingetreten. Graf Hertling war bereits gestern telegraphisch über die Wünsche der Reichstagsmehrheit unterrichtet worden; es handelte sich um ganz bestimmte Fragen besonders über die äußere Politik.

Der Reichskanzler erklärte: Ueber die Vorkommnisse der letzten Tage sind die Herren ja bereits durch die Mitteilungen des Vizekanzlers von Hintze unterrichtet. Ich habe mir aber gesagt, daß möglicherweise die Herren den Wunsch hegten, daß ich selbst hier erscheine und meine Stellung offen darstelle. Der Wechsel im Staatssekretariat des Auswärtigen bedeutet keinen Wechsel des politischen Kurses. Die Politik des deutschen Reiches führt verantwortlich allein der Reichskanzler. Der Staatssekretär hat die auswärtige Politik im Auftrage und im Einvernehmen und unter Verantwortlichkeit des Kanzlers zu führen. Das ist von Anfang an ein Grundsatz des Deutschen Reiches gewesen. Dieser Grundsatz steht auch heute fest. An meinem politischen Standpunkt, wie ich ihn in meiner Rede vom 29. November 1917 in der Vollsitzung des Reichstages festgelegt habe, hatte ich nichts hinsichtlich der äußeren als auch hinsichtlich der inneren Politik fest. Daran wird sich, so lange ich an dieser Stelle stehe, nichts ändern.

Hinsichtlich der inneren Politik habe ich die früher gegebene Zusage, soweit es in meinem Willen sag, vollkommen eingelöst und ich werde dafür eintreten, daß auch die weitere Ausführung der von mir gegebenen Zusage erfolgt und etwaige Hindernisse mit Energie überwunden werden. Darauf können die Herren sich verlassen.

Was die auswärtige Politik betrifft, so habe ich meinen Standpunkt damals, am 29. November, deutlich gekennzeichnet. Ich habe den Herren gesagt, ich stehe auf dem Standpunkte der kaiserlichen Antwort auf die Friedensnote des Papstes vom 1. August vorigen Jahres. Die Friedensbereite Gesinnung, welche diese Antwort beseelt hat, beseelt auch mich, aber ich habe hinzugefügt, daß unsere friedensbereite Gesinnung dem Feinde keinen Freibrief geben darf zur Fortsetzung des Krieges. Was haben wir nicht alles erlebt. Während an unserer Bereitschaft, zu einem ehrenvollen Frieden die Hand zu reichen, seit Jahren nicht gezweifelt werden kann, haben wir bis in die letzten Tage hinein die aufreizenden Reden der feindlichen Staatsmänner gehört. Präsident Wilson will den Krieg bis zur Vernichtung und was Balfour gesagt hat, muß jedem Deutschen wirklich die Schamröte ins Gesicht treiben. Wir haben doch ein Gefühl für die Ehre unseres Vaterlandes. Wir können uns nicht unausgesetzt beschimpfen lassen. Hinter dieser Beschimpfung steht der Vernichtungswille unserer Feinde. So lange dieser besteht, müssen wir in Treue völlig ausharren. Ich bin überzeugt, ich weiß es, daß in weitesten Kreisen unserer Volksfreise der ernste Wille besteht, solange der Vernichtungswille der Feinde vorhanden ist, müssen wir durchhalten und wir werden es, im Vertrauen auf unsere Truppen und im Vertrauen auf unsere Heerführung und im Vertrauen auf unser herrliches Volk, welches diese schwere Zeit mit ihren großen Entbehrungen und Opfern so wunderbar erträgt. Also, an der Richtung der Politik wird nichts geändert, denn auch das muß ich sofort sagen; wenn sich nun doch trotz dieser feindseligen Aeußerungen der feindlichen Staatsmänner irgendwo ernsthafte Regungen für die Anbahnung eines Friedens oder auch nur die ersten Schritte zu dieser Anbahnung zeigen würden, dann würden wir uns doch gewiß nicht von vornherein ablehnend verhalten, sondern wir würden die letzten entgegenkommen, ich sage ausdrücklich ernstgemeinten Anregungen sofort mit allem Ernste nachgehen. Natürlich genügt es nicht, wenn dieser oder jener sagt, ich kann da und dort Friedensbesprechungen herbeiführen, sondern es kommt darauf an, daß die feindlichen Mächte uns durch ausdrücklich Bevollmächtigte von ihren Regierungen zu verstehen geben, daß Besprechungen möglich seien. Besprechungen natürlich zunächst nur im kleinen Kreise, aber die Staatsmänner welche bisher gesprochen haben, haben von derartigen Möglichkeiten nicht geredet. Wenn solche Möglichkeiten sich zeigen, wenn eine ernste Friedensneigung auf der anderen Seite hervortritt, dann werden wir sie nicht zurückstoßen, sondern darauf eingehen und zunächst im kleinen Kreise sprechen. Ich kann Ihnen auch sagen, daß dieser Standpunkt nicht etwa nur der meinige ist, sondern daß er auch von der Obersten Heeresleitung ausdrücklich geteilt wird. Denn auch die Oberste Heeresleitung führt den Krieg nicht um des Krieges Willen, sondern sie hat mir gesagt, sobald ein ernster Friedenswille sich auf der anderen Seite bemerkbar macht, müssen wir der Sache nachgehen.

Nun wird es die Herren interessieren, wie sich von diesem Standpunkt aus gewisse Probleme darstellen, die die Gegenwart uns aufdrängt. Es haben über diese Frage am 1. und 2. Juli im Großen Hauptquartier unter dem Vorsitz des Kaisers Besprechungen stattgefunden und ich kann natürlich nur ganz allgemein die Richtlinien angeben, die damals festgestellt wurden. Zunächst bezüglich des Ostens. Wir stehen auf dem Boden des Friedens von Brest-Litowsk und wollen diesen Frieden in aufrichtiger Weise ausgeführt sehen. Das ist der Wille der deutschen Reichsleitung, und darin wird sie unterstützt von der Obersten Heeresleitung. Aber die Schwierigkeiten der Ausführung des Friedens von Brest-Litowsk liegen nicht auf unserer Seite, sondern daran, daß die Verhältnisse in Rußland noch außerordentlich unklar sind. Wir sind geneigt, an die Aufrichtigkeit der russischen gegenwärtigen Regierung uns gegenüber zu glauben und wir sind insbesondere geneigt, an die Aufrichtigkeit des russischen Vertreters hier in Berlin zu glauben, aber wir werden es auch unbedingt annehmen dürfen und können, daß die gegenwärtige russische Regierung auch die Macht hat, die gegebenen Zusagen überall durchzuführen. Wir wollen durchaus der jetzigen russischen Regierung keine Schwierigkeiten machen. Wir stellen uns auf den aufrichtigen Boden des Friedens von Brest-Litowsk und tun, was wir können, um diesen Frieden auszuführen. Aber wie die Zustände sind, gibt es unaufhörliche Reibungen an den Grenzgebieten und Uebergriffe dieser oder jener kleinen Heeresgruppe. Aber ich wiederhole, unser Grundsatz ist, daß wir auf dem Boden des Friedens von Brest-Litowsk stehen, und wir wollen den Frieden ausführen, wir wollen mit der gegenwärtigen Regierung aufrichtig verhandeln.

Sie alle, meine Herren, stehen noch unter dem Eindruck des furchtbaren Verbrechens in Moskau, des Attentates, das an unserem Gesandten dort verübt worden ist, eine völkerrechtswidrige Tat, wie sie ärger nicht zum Himmel schreien kann. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß die fluchwürdige Tat auf Anregung der Entente geschah, um uns mit der jetzigen russischen Regierung neuerdings in einen Krieg zu verwickeln. Die jetzige russische Regierung will den Frieden, und in dieser Friedensgeneigtheit unterstützen wir sie. Wir unternehmen nichts, was die russische Regierung in ihrer Stellung schädigen könnte, aber wir halten unsere Augen und Ohren offen, um uns nicht durch eine plötzliche Umwandlung der dortigen Verhältnisse überraschen zu lassen. Ich kann nur an das Wort erinnern, das einmal Gortschakoff gesprochen hat: Wir sind stumm, aber wir sind nicht taub. Wir lassen uns in gar keine politischen Gesinnungen ein, aber wir horchen aufmerksam, wohin die Richtung Rußlands geht. Das ist der Standpunkt, den ich einnehme. Das ist der Standpunkt, über den ich bei den Besprechungen am 2. Juli im Großen Hauptquartier das vollste Einverständnis und die vollste Klarheit zwischen allen Beteiligten erzielt habe.

Im Anschluß daran ging der Reichskanzler auf die Beurteilung der politischen Lage im Westen ein und machte darüber vertrauliche Mitteilungen. Sodann sprach er von den Gründen, die zum

Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann

geführt haben. Er wies darauf hin, daß es keine sachlichen oder persönlichen Gründe waren, die Herrn v. Kühlmann veranlaßt haben, um Entlassung von seinem Amte zu bitten. Der Reichskanzler sprach in warmen Worten von den Eigenschaften des Staatssekretärs, dessen politische Erfahrung, zutreffendes Urteil, unermüdliche Ausdauer und dessen Geschicklichkeit und Gewandtheit im Verhandeln er voll anerkannte. Er habe sich von ihm trennen müssen, da das notwendige Vertrauensverhältnis zwischen ihm und den anderen Faktoren nicht bestanden habe, ein Vertrauensverhältnis, das für eine reibungslose Führung der Geschäfte nicht entbehrt werden könne. Der Reichskanzler fuhr dann fort: Der Name des in Aussicht genommenen Nachfolgers des Herrn v. Kühlmann ist Ihnen bekannt, Herr v. Hintze ist ein sehr genauer Kenner russischer Verhältnisse. Er ist vor dem Kriege bei der Botschaft in Petersburg beschäftigt gewesen, er hat in dieser seiner Eigenschaft große Reisen in Rußland gemacht. Er ist mit den Verhältnissen und Personen in Rußland sehr eingehend vertraut, was für die jetzige Lage von großer Wichtigkeit ist.

Aber es versteht sich von selbst, daß ich meine Kontrasignierung oder Unterschrift zur Ernennung des Herrn v. Hintze nur dann gebe, wenn Herr v. Hintze meine Politik macht und nicht seine eigene. Dafür habe ich aber bereits mit der Zusage des Herrn v. Hintze — die Ernennung ist noch nicht erfolgt — meinerseits die feste Bürgschaft. Ich mache die Politik, der verantwortliche Reichskanzler macht die Politik; der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat lediglich meine Politik auszuführen. Davon ist der in Aussicht genommene, aber noch nicht ernannte Staatssekretär vollkommen durchdrungen.

Meine Herren! Ich glaube also, ein Grund zur Beunruhigung ist nicht vorhanden. Der Kurs, mit dem sich die große Mehrheit des Reichstages im November des vergangenen Jahres einverstanden erklärt hat, wird weitergeführt werden.

Der polnische Militärdienst.

W.M. Die polnische Regierung hat im Staatsrat den Entwurf eines „Vorläufigen Gesetzes über den Militärdienst" eingebracht, der in einer der nächsten Sitzungen zur Verhandlung kommen wird. Die Hauptbestimmungen dieses Entwurfes stellen sich — nach dem „Glos" — folgendermaßen dar:

Der Entwurf führt die allgemeine Dienstpflicht ein, die zweierlei Art ist: es gibt nämlich einen aktiven und einen Hilfsdienst.

Die Pflicht zum Hilfsdienst besteht nur während des Krieges und umfaßt alle zu den Waffen Einberufenen vom 16. bis zum 60. Lebensjahre. Das Oberkommando des polnischen Heeres kann im Einvernehmen mit den Ministerien militärische Sportübungen für die Jugend vom 16. bis 20. Lebensjahre anordnen: diese Uebungen dürfen jedoch nur am Wohnorte stattfinden.

Der aktive Dienstpflicht beginnt in dem Kalenderjahre, in dem der Dienstpflichtige das 18. Lebensjahr zurücklegt, und währt bis zum 50. Lebensjahre. Die umfaßt den Dienst: im ständigen Heer, in der Ersatzreserve, in der Reserve, in der Landwehr und im Landsturm. Der Dienst im ständigen Heer beginnt nach vollendetem 20. Lebensjahre und währt zwei Jahre. Der Ersatzreserve gehören alle für dienstfähig Befundenen an, die nach Auffüllung des vorgesehenen Kontingents entbehrlich sind. Der Dienst in der Ersatzreserve dauert drei Jahre, der in der Reserve währt bis zum 30. Lebensjahre. Die Reservisten müssen während ihrer ganzen Dienstzeit Uebungen durchmachen, die insgesamt 20 Wochen umfassen. Ersatzreservisten und Reservisten gelten als beurlaubt und können von der polnischen Regierung jederzeit zu den Waffen berufen werden. Der Dienst in der Landwehr dauert bis zum 40. Lebensjahre. Zum Landsturm gehören: die Jugend nach vollendetem 18. Lebensjahre und bis zum 50. Lebensjahre alle diejenigen, die von keiner der vorher erwähnten Kategorien umfaßt sind. Das Militärkommando kann mit Einwilligung der polnischen Regierung auch jüngere Jahrgänge als die 20 jährigen in das ständige Heer einberufen.

Das Königreich Polen wird in Militärkreise eingeteilt. Die Uebergangsvorschriften sehen vorläufig sechs Militärkreise vor: zwei Warschauer, je einen in Petrikau, Kalisch, Kielce und Lublin. An der Spitze des Militärkreises steht das Militärinspektorat; ihm unterstehen Bataillons-Ergänzungskommandos, die einen oder einige Landbezirke umfassen. Die Uebergangsvorschriften schlagen 54 Bataillons-Ergänzungskommandos vor. Diese führen die Aushebung durch, führen die Listen der Ersatzreservisten, leiten die militärische Ausbildung und führen die Aufsicht über die militärische Ausbildung der Jugend. Die Kreisinspektorate führen die Aufsicht über die Gerichts- und Disziplinargewalt über die ihnen unterstellten Abteilungen aus.

Zur Durchführung der Aushebung in jedem Inspektorat wird eine Kommission einberufen werden, bestehend aus dem Chef des Inspektorats, einem vom Ministerium des Innern bestimmten polnischen Regierungskommissar und einem vom Oberkommando des polnischen Heeres delegierten Arzte. Dieser Kommission wird in jedem Bezirk auch ein Delegierter des Kreistages beigezogen. Die Musterung der Einberufenen wird alljährlich zwischen dem 15. Oktober und 15. Dezember erfolgen.

Der vorliegende Entwurf kündigt die Hilfsdienstpflicht an, jedoch ist ein diese Dienstpflicht regelnder Gesetzentwurf noch nicht ausgearbeitet worden.

Neuer Taschen-Fahrplan mit Fahrpreis-Anzeiger!

zum Preise von **20** Pfg. (auswärts 30 Pfg.) erhältlich in den **Geschäftsstellen** der **Hallischen Nachrichten** (General-Anzeiger) sowie bei

Filiale Paul Grimm, Bernburgerstr. 16, Ecke Ludw. Wuchererstr.
Martha Haring, Papier- und Schreibwarenhandlung, Friedrichstr. 2.
Otto Bendel, Buchhandlung, Markt 25.
Rich. Kaufmann, Buch- und Papierhandlung, Magdeburgerstr. 47.
Friedrich Linse, Papier- und Buchhandlung, Mühlweg 22.
Friedrich Maisch, Papierhandlung, Grosse Steinstr. 8.
Filiale Johannes Rothe, Ludwig Wuchererstr. 60.
Helene Schmidt, Papierhandlung, Bernburgerstr. 16.
Luise Studenroth, Papier- u. Schreibw., Scharrenstr. 1 (Ecke Geiststr.).
Fritz Wahl, Papierhandlung, Ludwig Wuchererstr. 84.
Filiale Albert Weise, Germarstr. 7.
Curt Wolde, Buch- und Papierhandlung, Steinweg 25.

Das zum Taschenfahrplan (Sommer 1918) Ausgabe vom 15. Mai, erschienene **Ergänzungsblatt**, das eine Reihe Veränderungen bezw. neue Züge enthält, kann von allen Inhabern des Taschenfahrplanes gegen Vorzeigung desselben in unseren Geschäftsstellen **unentgeltlich** bezogen werden.

Das Rätsel der Villa Längenbach.

Roman von Matthias Blank.

5) (Nachdruck verboten.)

Und als Frau Kitty nach dem Fenster zu ging, dort den rechten Arm an die Mauer stützte, den Kopf aber auf den Arm lehnte und so in den Park hinunter schaute, in dem die Bäume mit einer Fülle weißer und rosiger Blüten überschüttet waren, da fragte der Generalkonsul:

„Du scheinst nicht wohl zu sein? Du hast heute morgen alles unbeirrt gelassen."

Keine Antwort.

„Ist das die Nachwirkung der gestrigen Begegnung? Herr von Matrai ist nun wieder aufgetaucht. Dein Verhalten konnte ihn zwar nicht im Zweifel lassen, daß er dir fremd bleiben müsse, aber angegriffen hatte dich sein Erscheinen doch. Ich irre mich wohl nicht."

„Ich weiß, daß die Vergangenheit nie mehr zur Gegenwart werden kann."

„Nein! Aber der Wunsch verlangt oft darnach; und der Wunsch ist zumeist der erste Schritt zum Versuch."

Und nun zum ersten Male galt seine Aufmerksamkeit ihr allein; seine Augen schauten nur auf sie; in seinem Blick war dabei ein Lauern wie ein Mißtrauen. Es war ein scheues Suchen; kaum daß er erstehen in ihren Begegnen, da glitten seine Augen bereits wieder nach einer anderen Richtung.

„Ich kenne kein doppeltes Spiel. Das Einst war vorbei, damals schon, als ich mich zur Annahme deiner Werbung entschlossen hatte. Es hat daher auch keinen Zweck, mehr Worte zu verlieren."

„Wie du es wünschst. Ich dachte nur an ihn, weil du mich sahst wie zum Vorwurf einen vernünftigen Menschen nannteß. Das ist ich nie, zwecklos im Spiel Geld zu verschleudern. Es muß dir bei deinen Worten aber der Leichtsinn verdienstvollst oder wünschenswertest erschienen sein. Und da war eben der Schatz an Herrn Matrai gekommen. Er hatte doch ausgiebig leichtsinn."

„Soll die Vergangenheit nicht begraben bleiben?"

„Doch!"

„Ich will den Namen nicht mehr hören."

„Zu wirft aber für die nächste Zeit nicht verhindern können, daß sich ein Zusammentreffen wiederholen wird."

„Dann werde ich tun, was die Höflichkeit fordert."

„Ich würde von dir auch nie etwas anderes erwarten. Es ist nur fraglich, ob er nicht den Versuch zu weiteren Entgegenkommen machen wird."

„Zu darfst es dann mir überlassen, die richtige Antwort zu finden."

So frostig und kühl traf ihn diese Zurechtweisung, daß er nunmehr schwieg.

Und er vollendete sein Frühstück, ohne noch eine Frage zu stellen; ihn hörte kein Gedanke mehr.

Frau Kitty Längenbach blieb am Fenster stehen; ihre Augen glitten bereits wieder hinaus in den Frühlingstag und träumten dabei von einer anderen Zeit, die wohl der Vergangenheit angehörte, die sich dessenungeachtet aber aus der Erinnerung nicht auslöschen ließ wie eine Kreideschrift.

Ja, er hatte es erraten!

Angegriffen hatte sie jene Begegnung, wenn sie auch den frostigen Stolz zur Schau getragen hatte, der Bobby von Matrai zurückschrecken mußte; wie ihr Herz dabei aber das wußte nur sie allein.

Und sie träumte weiter.

So wie am gestrigen Tage hatte er damals schon ausgesehen. Nur die Farbe seines Gesichtes war noch dunkler, sonnverbrannter geworden.

Hätte sie ihrem Gatten sagen sollen, wie sehr sie sich nach einer Tat des Leichtsinns sehnte, nach einer Tat, die im Herzen empfunden wurde und nicht nur Bestrebung war? Wenn für sie die Vergangenheit auch begraben bleiben mußte, ihre Gedanken wollte sie doch behalten dürfen.

Aber der erinnerte sich daran doch!

Und er hatte sie ausgesprochen, die eine Furcht, die sie so kalt und ablehnend hatte erscheinen lassen, trotzdem sie dabei ganz anders empfunden hatte. Wenn Bobby von Matrai den Versuch einer Annäherung machen sollte?

Nein! Das tat er nicht! Aber wenn er die Antwort darauf forderte, warum das gekommen war, wenn er die Erklärung forderte, für die er schließlich ein Recht hatte? Wenn er sie nicht nur verdammt hatte, wie sie es damals gegeben? Konnte sie ihm darauf die Antwort verweigern?

Und glaubte sie heute noch wie damals daran, was sie damals bestimmt hatte?

Da stieß der Generalkonsul seinen Stuhl so heftig zurück, daß sie aufschrecken mußte, sie ließ den Arm sinken und blickte sich um. In ihren Augen war das Aufschrecken zu bemerken.

„Ich will nicht länger stören. Ich bin in meinem Arbeitszimmer, falls nach mir verlangt werden sollte."

Sie nickte nur.

Aber kaum hatte sich die Türe hinter ihm geschlossen, da preßte sich ihre weiße Stirne gegen die kühlenden Scheiben des Fensters, als müßten sie eine Glut löschen, die von den Gedanken an das Einst, an das Gewesene und Vergangene, ihre Erkenntnis seit jenem Tage geweckt worden war.

Würde ihre Entscheidung heute wie damals lauten?

Nein! Sie mußte sich jetzt wieder zu den Tatsachen zurückfinden, sie mußte einsehen, was sie selbst gesagt hatte, daß die Vergangenheit nicht mehr Gegenwart werden könne.

Und sie trat vom Fenster zurück und schellte dem Mädchen, um diesem die Weisungen für den Tag zu geben.

Mit seinen wiegenden, leichten Schritten hatte sich der Generalkonsul nach seinem Arbeitszimmer begeben; jetzt, da er sich unbeobachtet wußte, zeigte sein bartloses Gesicht auch keinen Ausdruck, der es verrieten, daß er immer zu beherrschen verstand, so lange er sich von Augen kontrolliert wußte, bald ließ sich die Maske des Spottes von aufsteigendem Aerger unterscheiden; Zorn war der nächste Ausdruck, dem die sichere Ueberlegenheit folgte.

Der Generalkonsul erkannte seine Gesahr.

Jener andere — Bobby von Matrai — war unterlegen. Und wenn auch zwischen Kitty und ihm selbst Schatten dazwischen lagen, so war sie doch seine Frau. Und er beherrschte sie immer noch, wenn sie auch den Widerwillen fühlen ließ, mit dem sie es geschehen ließ! Aber sein Wille bestimmte.

Er konnte lächelnd an dieses verspätete Auftauchen von Bobby von Matrai denken.

Der Generalkonsul war kaum in seinem Arbeitszimmer erschienen, als auch schon sein Privatsekretär eintrat. Dieser übergab einen verschlossenen Brief.

„Ein Hotelbursche brachte ihn, er trägt den Vermerk persönlich."

Ein Nicken war die Antwort, dann huschte der Sekretär in seiner schleichenden Art wieder hinaus.

Richard Längenbach drehte den Brief flüchtig hin und her. Die Schrift war ihm fremd. Er riß die Hülle auf. Aber kaum war er über die ersten Zeilen flüchtig hingeflogen, da wechselte der Ausdruck in seinem Gesichte in überraschender Geschwindigkeit.

Seine Augen weiteten sich, die gesundrote Farbe wurde fahl. Die Lippen preßten sich zusammen und schmelzten zwischen den Zähnen zu verschwinden, die Nasenflügel blähten sich und sein Oberkörper schien zu schwanken.

Aber ein weiterer Wechsel trat ein, ebenso unvermutet, ebenso überraschend.

Er schlug das Papier auf den Schreibtisch und hämmerte dann wie in ohnmächtiger Wut mit beiden Fäusten auf den Brief. Zorn und Haß, Zerstörung und schrankenlose Leidenschaft verrieten sich in seinem Verhalten.

(Fortsetzung folgt.)

Neu hinzutretende Bezieher

der „Kriegs-Zeitung" erhalten den bisher erschienenen Teil dieses Romans, soweit der Vorrat reicht, kostenlos nachgeliefert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-853264-191807126/fragment/page=0002